

# Unser Plan

Was verändert sich aktuell?  
Wie werden wir darauf reagieren?

Die GEW hat die Einführung der Integrations- und integrierten Regelklassen vor über 20 Jahren nicht nur begrüßt, sondern war an der (Weiter-)Entwicklung des Modells beteiligt. Mit der Drucksache 20/3641 „Inklusive Bildung an Hamburgs Schulen“ ist noch in der ersten Hälfte der vorangegangenen Legislaturperiode das Ende der Integrations- und Integrativen Regelklassen im Grundschulbereich und der Integrationsklassen in der Sekundarstufe 1 (Stadtteilschulen) besiegelt worden.

Dies erfolgreiche Konzept ist mit dem Schuljahr 2015 / 2016 seitens der Behörde nun vollständig „abgewickelt“ worden. Es wird nicht mehr darüber gesprochen, als hätte es dieses Modell nicht gegeben.

Seit Einführung der Inklusion im Schuljahr 2010 / 2011 warnt die GEW den Senat und die BSB davor, dass bei weiterhin zu geringer Ausstattung die positive Haltung der Eltern, Schüler\_innen und Kollegien gegenüber der Idee der Inklusion leiden wird. Erste Auswirkungen sind am Anmeldeverhalten der Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen zu spüren. Es gibt immer wieder Lehrerkonferenzen oder Personalversammlungen, die sich mit Briefen, Appellen, Resolutionen und Überlastanzeigen insbesondere von Stadtteilschulen an den Senator und die BSB wenden und auf ihre extrem belastende Arbeitssituation hinweisen. Mit Einzelmaßnahmen, in der Regel

befristet, versucht man die Kollegien ruhig zu halten. Grundlegende Abhilfe wird nicht geschaffen.

Die Probleme werden nicht grundsätzlich angegangen, sondern alles auf jede einzelne Schule zurückgeführt. Die Verantwortung bleibt weiterhin bei den einzelnen Schulen.

Nun ist mit Schuljahresbeginn



**Das soll halten? – Die Probleme werden nicht grundsätzlich angegangen**

2015/2016 die bisher geltende systemische LSE Ressource für die Stadtteilschule von 5,59 WAZ verändert worden. Dadurch ist die bislang weit verbreitete strukturelle Unterversorgung von Grund- und Stadtteilschulen mit sonderpädagogischen Ressourcen teilweise abgebaut worden, da die hamburgweit zu geringen Ressourcen nun „bedarfsgerechter“, aber leider, für die einzelnen Schüler\_innen auf gekürztem Niveau verteilt worden sind.

Angekündigt war auch eine Erhöhung der Lehrerstellen an Stadtteilschulen auf 85 pro Jahrgang, beginnend im jetzigen Jahrgang 5 und aufwachsend in den folgenden Schuljahren.

Tatsächlich sind es aber nur

75 Stellen, die für Inklusion zur Verfügung gestellt worden sind. Dies haben wenige Tage nach einer Senatsantwort die Hamburger Elternkammer, das Hamburger Bündnis für schulische Inklusion und die GEW entdeckt und veröffentlicht.

Die GEW Hamburg wird bis zum nächsten Gewerkschaftstag im Frühjahr 2016 eine Bilanzierung zum Thema Inklusion starten, in der es um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten an Schulen und in der Beratung gehen soll. Besonders in unserem Fokus stehen dabei die Stadtteilschulen, die einen großen Teil der Inklusion schultern. Dazu werden Informations- und Dis-

kussionsveranstaltungen an den Schulen und Beratungen vor Ort durchgeführt. Wir wollen wissen, wie es vor Ort aussieht. Wir wollen auf verschiedene Weise mit den Kolleg\_innen vor Ort über ihre Arbeitsbedingungen ins Gespräch kommen. Hierzu gehören auch die für schulische Inklusion zur Verfügung gestellten Ressourcen, sowohl die systemische als auch die schülerbezogenen.

Wir wollen wissen, wie zum Thema Inklusion vor Ort diskutiert wird. Wir wollen wissen, mit welchen Problemen Personalrät\_innen, Schulleitungen, pädagogisches und anderes Personal zu kämpfen haben. Wir wollen die Kolleg\_innen unterstützen.

Auf dem nächsten Gewerkschaftstag soll eine erste Zwischenbilanz „Hamburgs Inklusion – aus Sicht der Beschäftigten“ gezogen werden. Damit wollen wir unsere Positionierung zum Thema Inklusion aktualisieren und weiter entwickeln.

ANJA BENSINGER-STOLZE,  
FREDRIK DEHNERDT,  
SVEN QUIRING  
Vorsitzende GEW Hamburg